Gesellschaftsvertrag

der

GWA – Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH

§ 1

Firma, Sitz

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:

„GWA – Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH“

2. Sitz der Gesellschaft ist Unna.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung von Aufgaben der Wertstoff- und Abfallwirtschaft. Insbesondere nimmt die Gesellschaft die ihr vom Kreis Unna im Rahmen einer abfallrechtlichen Drittbeauftragung übertragenen Aufgaben zur Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen einschließlich der Vermarktung von Sekundärrohstoffen sowie Aufgaben der Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit wahr. Die Gesellschaft kann ferner Aufgaben der thermischen Abfallverwertung und -beseitigung einschließlich der abfallrechtlich gebotenen wirtschaftlichen Nutzung energetischer Potentiale des Abfalls wahrnehmen.

Die Gesellschaft soll ferner Strategien zur Abfallvermeidung und -verminderung entwickeln und realisieren sowie innovative Entwicklungen fördern, sofern sie für die Vermeidung, Verwertung und umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen im Kreis Unna von Nutzen sein können.

Die Gesellschaft kann Aufgaben der Nachsorge von abfallwirtschaftlichen Standorten wahrnehmen.

Die Gesellschaft kann des Weiteren Aufgaben und Dienstleistungen für andere Einrichtungen und kommunale Gesellschaften des Kreises Unna oder von Kommunen im Gebiet des Kreises Unna wahrnehmen, sofern es sich dabei allein um eine nichtwirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 107 Abs. 2 GO NRW handelt. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Straßenreinigung.

2. Anlagen und Einrichtungen, die dem Gesellschaftszweck dienen, werden grundsätzlich von der Gesellschaft geplant, finanziert, errichtet und betrieben.
3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, gründen, erwerben oder pachten.
4. Die Gesellschaft wird unter Berücksichtigung der Regelungen des § 107 GO NRW hauptsächlich im Kreis Unna tätig.
5. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

§ 3

Dauer, Geschäftsjahr

1. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlage

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.602.000 Euro.
2. Das Stammkapital wird allein von der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH gehalten.
3. Das Stammkapital ist in bar in Höhe von 2.282.780,03 Euro sowie durch Sacheinlage von Betriebsgrundstücken des Standortes Kamen-Heeren-Werve in Höhe von 2.319.219,97 Euro erbracht. Eingebracht sind die Grundstücke Gemarkung Heeren-Werve, Flur 11, Flurstücke 346, 348, 349, 357, 358, 359, 408, 409, 410, 411, 365, 366, 369 und 370 sowie Flur 12, Flurstücke 435, 436, 437, 438, 29, 30, 33, 12, 16, 18, 34 und 39, insgesamt zur Größe von 358.623 qm.

§ 5

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Gesellschafterversammlung
- b) der Aufsichtsrat
- c) der oder die Geschäftsführer

§ 6

Gesellschafterversammlung

1. Die alleinige Gesellschafterin, die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH, wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat oder den von ihm vorgeschlagenen Bediensteten des Kreises Unna und bis zu neun weitere von der Alleingesellschafterin zu entsendende Vertreter repräsentiert.

2. Die Gesellschafterversammlung kann ihr Stimmrecht und die sonstigen Gesellschafterrechte nur durch eine einheitliche Stimmabgabe ausüben. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung sind an Weisungen der Alleingesellschafterin gebunden.
3. Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführung einberufen. Eine Gesellschafterversammlung ist auf Verlangen des Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dann einzuberufen, wenn die Mehrheit der Vertreter oder die Geschäftsführung der Alleingesellschafterin die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Alljährlich hat eine ordentliche Gesellschafterversammlung innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden, die insbesondere über die in § 7 Abs. 2 lit. a), b) und c) genannten Angelegenheiten (Jahresabschluss, Wahl des Abschlussprüfers, Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung) zu beschließen hat.

4. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch schriftliche Einberufung des Geschäftsführers, die allen Gesellschaftervertretern der Alleingesellschafterin zu übermitteln ist. Zwischen dem Tag der Absendung der Einladung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von 10 Tagen liegen; für die Fristwahrung ist der Poststempel des Absendeorts des Einladungsschreibens maßgebend. Im Einladungsschreiben sind die Tagesordnung und die Gegenstände, über die Beschluss gefasst werden soll, anzugeben.
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind zu jeder Gesellschafterversammlung einzuladen. Sie können Auskünfte erteilen und die Gesellschafterversammlung beraten. Ferner nimmt die Geschäftsführung an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung nichts anderes beschließt. Sachverständige und sonstige themenbezogene Berater können auf Beschluss der Gesellschafterversammlung zugelassen werden.

6. Die Gesellschafterversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden und bestimmt einen Protokollführer.

§ 7

Gesellschafterbeschlüsse

1. Beschlüsse des Gesellschafters werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können Gesellschafterbeschlüsse im schriftlichen Verfahren oder per Telefax, E-Mail oder in sonst wie geeigneter Weise gefasst werden, falls nicht die Mehrheit der an der Beschlussfassung mitwirkenden Gesellschaftervertreter des Gesellschafters dieser Art der Beschlussfassung widerspricht.
2. Gesellschafterbeschlüsse werden in folgenden Angelegenheiten der Gesellschaft gefasst:
  - a) Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des im Jahresabschluss ausgewiesenen Jahresergebnisses;
  - b) Wahl des Abschlussprüfers;
  - c) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung;
  - d) Festlegung der Vergütung der Aufsichtsrats-Mitglieder;
  - e) die Feststellung und Änderung des von der Geschäftsführung aufzustellenden Wirtschafts- (Erfolgs-) und Vermögensplans und Finanzpläne sowie des Stellenplans;
  - f) Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen sowie sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
  - g) Auflösung oder Umwandlung (Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel) der Gesellschaft nach Maßgabe des Umwandlungsgesetzes;
  - h) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 Abs. 1 AktG;

- i) Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen;
  - j) Gründung und Veräußerung von Tochtergesellschaften;
  - k) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie die Festlegung, Änderung und Ergänzung der Einstellungsbedingungen bzw. dienstvertraglichen Regelungen;
  - l) die Wahl, Entsendung und den Vorschlag von Personen in Aufsichtsräte, Verwaltungsräte und ähnliche Organe anderer Unternehmen;
  - m) die Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen, Hauptversammlungen und Aufsichtsräten von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, sofern nicht gesetzlich oder durch Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft, in die die Vertreter entsandt sind, anderweitiges geregelt ist;
  - n) in allen sonstigen Angelegenheiten, in denen aufgrund zwingender gesetzlicher Bestimmungen oder sonst aufgrund zwingenden Rechts oder durch den Gesellschaftsvertrag eine Beschlussfassung durch die Gesellschafter vorgeschrieben ist.
3. Über alle Gesellschafterbeschlüsse, die nicht notariell beurkundet werden, ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift über Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist durch den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und durch den Protokollführer zu unterzeichnen. Die Niederschriften über Gesellschafterbeschlüsse, die außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefasst werden, sind durch den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und mindestens einen Geschäftsführer zu unterzeichnen. Abschriften der Niederschriften - im Falle der notariellen Beurkundung der notariellen Niederschrift - hat die Geschäftsführung allen Gesellschaftervertretern sowie der Geschäftsführung der Alleingesellschafterin und dem Kreis Unna zu übersenden.

§ 8

Aufsichtsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, auf den die Bestimmungen des Aktiengesetzes keine Anwendung finden.
2. Der Aufsichtsrat besteht aus 10 Mitgliedern, die die Alleingeschafterin Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH durch Entsendung bestellt. Hierzu zählt stets der Landrat oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete des Kreises Unna.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden auf unbefristete Dauer bestellt. Ihr Amt endet durch Abberufung (§ 8 Abs. 4) oder durch Amtsniederlegung (§ 8 Abs. 5).
4. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann jederzeit durch die entsendende Alleingeschafterin Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH wieder abberufen werden. Die Abberufung wird jeweils mit Ablauf des Tages wirksam, an dem die Entscheidung hierüber dem betroffenen Aufsichtsratsmitglied schriftlich mitgeteilt worden ist.
5. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt durch eine schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft, die an den Aufsichtsrat zu richten ist, niederlegen.
6. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind an Weisungen der Alleingeschafterin gebunden.
7. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden und bestimmt einen Schriftführer. Der stellvertretende Vorsitzende wird nur dann tätig, wenn der Vorsitzende verhindert ist.

§ 9

Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates

1. Der Vorsitzende beruft den Aufsichtsrat ein, sooft es die Geschäfte erfordern. Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn dies von zwei Aufsichtsratsmitgliedern oder von einem Geschäftsführer unter Angabe von Gründen verlangt wird.
2. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung. Zwischen dem Tag der Absendung der Einladung und dem Tag der Sitzung muss eine Frist von 10 Tagen liegen. In dringenden Fällen und bei außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen kann eine andere Form der Einberufung mit einer kürzeren Frist gewählt werden.
3. Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss. Er ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt und der Vorsitzende oder dessen Vertreter anwesend sind. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrates teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen. Die schriftliche Stimmabgabe muss durch das abwesende Aufsichtsratsmitglied persönlich unterzeichnet sein und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses bezeichnen, auf den sich die Stimmabgabe bezieht.
4. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann innerhalb von 10 Tagen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. In der Einladung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung auf jeden Fall beschlussfähig ist.
5. Die Beschlüsse des Aufsichtsrates bedürfen der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, soweit sich aus diesem Gesellschaftsvertrag nicht etwas an-

deres ergibt. Stimmenthaltungen werden nicht gewertet. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden, falls dieser an der Beschlussfassung nicht teilnimmt, die seines Stellvertreters ausschlaggebend.

6. In dringenden Angelegenheiten können nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder – im Falle seiner Verhinderung – seines Stellvertreters Beschlüsse auch durch Einholen von Erklärungen per Telefax, E-Mail oder in sonst wie erforderlich und geeigneter Weise gefasst werden.
7. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat nicht deren Ausschluss anordnet. Die Mitglieder der Geschäftsführung sind berechtigt und auf Verlangen des Aufsichtsrates verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Tagesordnungspunkt darzulegen. Vertreter des Gesellschafters, Sachverständige oder sonstige themenbezogene Berater können auf Beschluss des Aufsichtsrates zur Teilnahme an Sitzungen zugelassen werden; ihnen kann das Wort in der Sitzung erteilt werden.
8. Über die Sitzung des Aufsichtsrates ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Vorsitzenden der Sitzung und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.
9. Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der GWA – Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH“ abgegeben.

§ 10

Aufgaben des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Hierzu berichtet die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle.

2. Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und prüfen, einzelne Mitglieder oder Sachverständige mit der Prüfung beauftragen und von der Geschäftsführung Berichterstattung verlangen.
3. Gegenüber der Geschäftsführung vertritt der Aufsichtsrat die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.
4. Der Aufsichtsrat entscheidet über
  - a) die Grundsätze der Unternehmenspolitik;
  - b) das Konzept zur Dimensionierung und Verfahrenstechnik der Verwertungs-, Behandlungs- und Entsorgungsanlagen;
  - c) das Konzept zur Finanzierung der Verwertungs-, Behandlungs- und Entsorgungsanlagen der Gesellschaft;
  - d) die Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes oder die Aufgabe von Tätigkeitsgebieten;
  - e) die von der Geschäftsführung zu berücksichtigenden Wertgrenzen und Beträge gemäß § 10 Abs. 5 lit. c) - f).
5. Die Geschäftsführung bedarf der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates
  - a) zu wesentlichen Änderungen der Organisationsstruktur des Unternehmens;
  - b) zur Aufnahme und Beendigung von wesentlichen Genehmigungs- und Rechtstreitverfahren;
  - c) zum Erwerb, zur Veräußerung und zur Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
  - d) zur Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Bestellung sonstiger Sicherheiten außerhalb des von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Wirtschaftsplans;

- e) zur Vergabe von wesentlichen Lieferungen und Leistungen außerhalb des vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplans;
- f) zum Abschluss, zu nicht nur geringfügigen Änderungen und zur aktiven Beendigung von wesentlichen Entsorgungsverträgen mit Gebietskörperschaften, kommunalen oder privaten Unternehmen und von Verträgen mit ähnlicher wirtschaftlicher Bedeutung sowie zur Festsetzung der mit dem Kreis Unna abzurechnenden Entgelte;
- g) zur Erteilung von Prokura und zu deren Widerruf.

Die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates in den Fällen der vorstehenden Buchstaben c), d), e) und f) entfällt, wenn die gemäß § 10 Abs. 4 Buchstabe e) festgelegten Wertgrenzen und Beträge nicht überschritten werden.

- 6. Der Aufsichtsrat prüft den vorgelegten Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung für die Verwendung des Ergebnisses und berichtet der Gesellschafterversammlung schriftlich über das Ergebnis der Prüfung. Für den Inhalt des Berichts gilt § 171 Abs. 2 des Aktiengesetzes entsprechend.
- 7. Der Aufsichtsrat macht einen Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers.

§ 11

Geschäftsführung und Vertretung

- 1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einem Geschäftsführer oder mehreren kann Einzelvertretungsbefugnis sowie Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.

2. Bei Abschluss, Änderung, Ergänzung oder Beendigung von Anstellungsverträgen sowie anderen dienstvertraglichen Angelegenheiten mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates vertreten. Dies gilt auch nach dem Ausscheiden von Geschäftsführern, sofern es um Angelegenheiten aus dem Anstellungsverhältnis geht oder hierzu ein Zusammenhang besteht.
3. Die Geschäftsführung kann Handlungsvollmacht erteilen.

§ 12

Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung hat vor Ende eines jeden Geschäftsjahres für das folgende Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung nach vorheriger Beratung durch den Aufsichtsrat vorzulegen. Aufstellung und Vorlage müssen so rechtzeitig erfolgen, dass der Wirtschaftsplan vor Beginn des Plangeschäftsjahres festgestellt werden kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan, den Vermögensplan und die Stellenübersicht.
2. Bei wesentlichen Abweichungen vom Wirtschaftsplan ist ein Nachtrag aufzustellen.
3. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung, die auf der Grundlage des abgeschlossenen Geschäftsjahres eine Vorausschau des Erfolgs- und Vermögensplans entwickelt, zugrunde zu legen und dem Aufsichtsrat, der Alleingesellschafterin Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH sowie dem Kreis Unna zur Kenntnis zu bringen.

§ 13

Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfung

1. In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) sowie den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr in entsprechender Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist auch zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.
2. Jahresabschluss und Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften zu prüfen.
3. Nach der Prüfung sind der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht unverzüglich dem Aufsichtsrat vorzulegen.
4. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers und den Bericht des Aufsichtsrates zusammen mit den Vorschlägen zur Ergebnisverwendung zum Zwecke der Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen.
5. Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung für das vergangene Geschäftsjahr zu beschließen. Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, das im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresergebnis (Jahresüberschuss zuzüglich eines etwaigen Gewinnvortrages, abzüglich eines etwaigen Verlustvortrages) vollständig oder teilweise zur Einstellung in die Gewinnrücklagen der Gesellschaft zu verwenden. Wird ein solcher Beschluss nicht gefasst, so ist das Jahresergebnis zur Ge-

winnausschüttung an die Alleingeschafterin Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH zu verwenden.

6. Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches und der GO NRW.
7. Dem Kreis Unna stehen die in § 57 KrO i.V.m. § 112 Abs. 1 GO NRW genannten Rechte nach § 53 Abs. 1 und § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) zu. Die Geschäftsführung hat die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 - 3 HGrG genannte Prüfung, Berichterstattung und Übersendung des Prüfungsberichts an den Kreis Unna alljährlich zu veranlassen.
8. Die Gesellschaft weist im Anhang zum Jahresabschluss die Angaben gemäß § 108 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 9 GO NRW aus. Die Ausweispflicht gilt nicht, soweit die mit den betroffenen Mitgliedern der Geschäftsführung bestehenden Verträge vor dem 01.01.2010 abgeschlossen wurden und diese eine derartige Veröffentlichung nicht ausdrücklich zulassen.

§ 14

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden, soweit gesetzlich erforderlich, im elektronischen Bundesanzeiger beziehungsweise im Amtsblatt des Kreises Unna veröffentlicht.

§ 15
Gleichstellung

Die Gesellschaft soll die Zielsetzungen des Landesgleichstellungsgesetzes NRW beachten. Funktionsbezeichnungen dieses Vertrages werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

§ 16
Gültigkeitsklausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder werden oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünftigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.